



**Haushalt 2011;  
Zweiter Zwischenbericht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben im  
Rechnungsjahr 2010  
Mitteilungsvorlage**

**Beschlussvorschlag:**

Kein Beschluss vorgesehen.

**Kosten/Finanzielle Auswirkungen:**

--

**Sachdarstellung/Begründung:**

**I. Kurzfassung**

Der Verwaltungs- und Kulturausschuss wurde in seiner Sitzung am 14.07.2010 mit einem ersten Zwischenbericht über die finanzielle Entwicklung unterrichtet (KT-Drucksache Nr. VIII-0174). Gegenüber diesem Zwischenbericht ergeben sich im Verwaltungshaushalt Verbesserungen bei der Grunderwerbsteuer, so dass der Planansatz von 10,0 Mio. EUR mit einem prognostizierten Aufkommen von 9,8 Mio. EUR nahezu erreicht wird. Verschlechterungen ergeben sich insbesondere auch im Bereich des SGB II. Hochgerechnet auf das Jahr 2010 ist in diesem Bereich mit einem höheren Zuschussbedarf von ca. 1,5 Mio. EUR zu rechnen. Bei der Jugendhilfe liegt der Zuschussbedarf bis zum Jahresende voraussichtlich um ca. 0,6 Mio. EUR über dem Planansatz. So muss nach der aktuellen Prognose im Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem Rückgang der Zuführungsrate von ca. 3,1 Mio. EUR gerechnet werden.

**II. Ausführliche Sachdarstellung**

**1. Einleitung**

Mit KT-Drucksache Nr. VIII-0174 vom 25.06.2010 wurde dem Verwaltungs- und Kulturausschuss mit einem ersten Bericht ein Überblick über die voraussichtliche finanzielle Entwicklung im Jahr 2010 gegeben. Die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen und Ausgaben für den Zeitraum Januar bis September ist in der Anlage dargestellt. In den verbleibenden Monaten sind größere Abweichungen insbesondere bei den sozialen Leistungen noch möglich.

## 2. Stand der Haushaltsrechnung

Nach dem Stand der Haushaltsrechnung Ende September 2010 ergeben sich folgende Tendenzen bei den wesentlichen Einnahmen und Ausgaben im laufenden Haushaltjahr:

- Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz

Nach der Mai-Steuerschätzung wird der Kopfbetrag nach § 10 Abs. 2 FAG zur Ermittlung der Bedarfsmesszahlen der Landkreise unverändert mit 507 EUR angegeben. Die dem Haushaltsplan 2010 zugrundeliegende vorläufige Steuerkraftsumme der Gemeinden des Landkreises hat sich im Rahmen der zweiten und dritten Teilzahlung nach dem kommunalen Finanzausgleich 2010 um 1,5 Mio. EUR auf 298,4 Mio. EUR erhöht. Zusammen mit einer Abschlusszahlung für das Jahr 2009 führt dies zu Wenigereinnahmen bei den Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft in Höhe von 0,6 Mio. EUR und Mehreinnahmen bei der Kreisumlage von 0,5 Mio. EUR.

- Grunderwerbsteuer

Das Aufkommen der Grunderwerbsteuer hat sich seit Mitte des Jahres stetig verbessert. Es sind nach dem derzeitigen Stand lediglich noch Wenigereinnahmen von ca. 0,2 Mio. EUR zu erwarten.

- Verwaltungsgebühren, Bußgelder

Nach dem bisherigen Verlauf wird der Haushaltsansatz von 4,2 Mio. EUR bei den Verwaltungsgebühren mit ca. 4,0 Mio. EUR (2009: 4,2 Mio. EUR) unterschritten. Bei den Bußgeldern können bei einem Haushaltsansatz von 1,2 Mio. EUR voraussichtlich ca. 0,6 Mio. EUR Mehreinnahmen erzielt werden.

- Personalausgaben

Bei den Personalausgaben (Sammelnachweis - Haushaltsansatz: 38,3 Mio. EUR) ist voraussichtlich mit Mehrausgaben von 0,1 Mio. EUR zu rechnen.

- Sozialausgaben

Nach dem derzeitigen Stand erhöht sich der Zuschussbedarf bei den Leistungen im sozialen Bereich gegenüber dem Planansatz voraussichtlich um insgesamt ca. 2,9 Mio. EUR. In den einzelnen Bereichen ergibt sich folgende Situation:

- Abschnitt 41 – Sozialhilfe, Grundsicherung, Eingliederungshilfe

Bei der Hilfe zum Lebensunterhalt gibt es weiterhin keine wesentlichen Veränderungen zu 2009.

Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entwickelt sich innerhalb der Planansätze.

Der prognostizierte Zuschussbedarf für die Eingliederungshilfe hat sich gegenüber dem ersten Zwischenbericht erhöht. Die deutliche Abweichung gegenüber dem Planansatz ist insbesondere auch auf die Umstellung auf das neue EDV-Verfahren zurückzuführen. Mit diesem System werden die Entgelte im laufenden Monat und nicht mehr im Nachhinein ausbezahlt. Dies führt 2010 zur Auszahlung von 13 Monatsbeträgen innerhalb eines Jahres und damit zu Mehrausgaben.

- Abschnitt 42 – Asylbewerberleistungsgesetz

Die Fallzahlen in diesem Bereich steigen weiter an. Die Gemeinschaftsunterkunft ist voll belegt. Durch die hohe Belegung und einzelne kostenintensive Krankenhilfefälle, bei den Bewohnern der Unterkunft, steigen auch die Krankenhilfeleistungen insgesamt an. Der Zuschussbedarf wird im Haushaltsjahr 2010 voraussichtlich um knapp 0,5 Mio. EUR höher sein als veranschlagt.

- Abschnitt 45 – Jugendhilfe

Vor allem im Bereich der Tagesbetreuung ist aufgrund der geänderten Rechtslage seit 2009 in der ersten Jahreshälfte 2010 ein deutlicher Anstieg des Bedarfs in der Kindertagespflege und somit auch der Kosten zu verzeichnen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich der Aufwand in den künftigen Jahren verringern wird, zumal ab 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Geburtstag besteht. Die Zuweisungen des Landes aus dem Finanzausgleich können hier den Mehraufwand nicht voll ersetzen.

- Abschnitt 48 – Leistungen nach dem SGB II

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften stieg bisher kontinuierlich an. Im Januar wurde bereits die 6.000er-Marke überschritten, auf deren Grundlage die Ansätze 2010 berechnet wurden. Im September war erstmals seit Beginn der Konjunkturkrise ein Rückgang um 162 Bedarfsgemeinschaften zu verzeichnen. Ob sich daraus ein dauerhafter Trend entwickelt, bleibt abzuwarten. Saisonbedingt steigen die Arbeitslosenzahlen in den Monaten November und Dezember erfahrungsgemäß wieder an. Derzeit befinden wir uns auf dem Niveau von Mitte 2006. Dies wirkt sich auf die Kosten der Unterkunft und der Eingliederungshilfeleistungen aus. Ein weiteres Risiko besteht bei der Entwicklung der Unterkunftskosten. Das Mietniveau ist insgesamt steigend im Kreis, weil die Gebäudeigentümer zunehmend Bestandsbauten energetisch sanieren. Die Erhöhung des Wohngeldes nach der Reform 2009 wirkt sich nur in geringem Umfang kostenentlastend aus.

Die Maßnahmen im Vermögenshaushalt verlaufen weitgehend planmäßig. Allerdings fließen die eingeplanten Haushaltsmittel, insbesondere beim Neubau der Kaufmännischen Schule Bad Urach und bei den Trägerzuweisungen für den Neubau des Bettenhauses Süd A/B beim Klinikum am Steinenberg in Reutlingen, nur zögerlich ab. So musste die im Haushalt eingeplante Kreditermächtigung von 6,7 Mio. EUR bisher nicht in Anspruch genommen werden.

### **3. Vorausschau**

Nach dem derzeitigen Stand der Haushaltsrechnung (Ende September 2010) muss im Verwaltungshaushalt voraussichtlich mit einem Rückgang der Zuführungsrate von ca. 3,1 Mio. EUR gerechnet werden, wie die beigefügte Anlage zeigt. In der Übersicht sind nur die wesentlichen Abweichungen dargestellt.